

KLARHEIT WAHRHEIT **OFFENHEI**



UNABHÄNGIGE WÄHLER-GEMEINSCHAFT



steht bewußt auf dem Boden des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Sie hält fest an der politischen Verantwortung der kommunalen Vertretungskörperschaften.



verfolgt ausschließlich kommunalpolitische Ziele. Sie fordert eine wirksame Kontrolle der Verwaltung durch den Rat.

Sie fordert eine vollständige Information der Bürger.



tritt mit Nachdruck ein für die möglichst weitgehende Beteiligung der Bürger an der Planung und Entscheidungsfindung bei kommunalpolitischen Problemen.

- DIE ALTERNATI

bei der Kommunalwahl am 4. Mai

Die neuen Stadtbezirke:

SPD gegen Bürgernähe!

UWG fordert den 7. Stadtbezirk!

Im Rahmen der Gesetze über die Neuordnung des Landes Nordrhein-Westfalen hat der Landtag beschlossen, erstmalig in der Legislaturperiode 1975-1980 Bezirksausschüsse einzurichten. Die Zusammensetzung wird sich nach dem Ergebnis der Kommunalwahl in den einzelnen Bezirken richten. Die Stadtverordnetenversammlung hat für Bochum 6 Bezirke vorgesehen: Bochum-Mitte, Wattenscheid, Bochum-Nord, Bochum-Ost, Bochum-Süd und Bochum-Südwest. In diesen Ausschüssen sollen jeweils 19 Bürger die Interessen ihres Bezirks vertreten. Hier jedoch wird die Sache problematisch. Die Bezirke sind von sehr unterschiedlicher Größe und Struktur. So hat z. B. die SPD durchgesetzt, den Bezirk Bochum-Mitte mit rd. 140.000 Einwohnern aus dem eigentlichen Innenstadtbereich und den Bereichen Hamme, Hordel, Riemke und Hofstede zu bilden. Diese Zuordnung ist vollkommen willkürlich und nur dadurch zu erklären, daß die SPD befürchtet, im eigentlichen Innenstadtbereich keine Mehrheit zu bekommen. Die UWG wird sich daher im Rat dafür einsetzen, daß sowohl für den Innenstadtbereich als auch für den Bochumer Nordwesten eigene Stadtbezirke gebildet werden, damit die Interessen beider Bereiche besser wahrgenommen werden können. Die weitere Entwicklung darf nicht an kurzsichtigen SPD-Wünschen scheitern.

Warum UWG?

Fast 30 Jahre absoluter SPD-Herrschaft haben in Bochum zur Verfilzung von Partei, Rat und Verwaltung geführt. Parteifunktionäre betrachten die Stadt als Selbstbedienungsladen für ihre Karriere und als Versorgungseinrichtung auf Gegenseitigkeit.

Fast 30 Jahre hat die CDU im Rat keine Oppositionspolitik, sondern personelle Versorgungspolitik betrieben.

Inbegriff dieser Fehlentwicklung zur SPD-CDU-Einheitspartei ist der "Bochumer Stil" Kommunalpolitische Probleme werden vor den Bürgern verborgen oder kaschiert. Interessen und Interessenkonflikte im kommunalen Bereich werden verschleiert. Alternativen etwa in dem wichtigen Bereich der Planung werden nicht öffentlich diskutiert. Kommunalpolitische Entscheidungen fallen in abgeschlossenen Zirkeln höherer Partei- und Verwaltungsfunktionäre aus Mehrheits- und "Oppositions"-Partei.

Ergebnis dieses "Bochumer Stils" sind Scheinharmonien und zunehmende kommunalpolitische Interessenlosigkeit in weiten Kreisen der Bürgerschaft.

Die UWG bietet allen Bürgern die Möglichkeit, diese verhängnisvolle Entwicklung aufzuhalten; sie fordert alle Bürger zur Mitarbeit und zur Übernahme der Verantwortung in Bochum auf.

Unser Programm:

- 1. Die UWG fordert nachdrücklich die Einrichtung eines Beschwerdeausschusses zum Schutz der Bürger vor Willkürmaßnahmen und Fehlhandlungen der Verwaltung.
- 2. Die UWG hält fest am Leistungsgrundsatz im öffentlichen Dienst. Die UWG wendet sich entschieden gegen die von SPD und CDU praktizierte Ämterpatronage und Parteibuchbeförderung sowohl in der Verwaltung als auch in den von der Stadt überwiegend abhängigen Gesellschaften und Institutionen wie Sparkasse, Stadtwerke, Bogestra, Bochumer Heimstätten u.a.
- 3. Die UWG fordert eine wirksame Kontrolle der politischen Grauzonen wie Aktion Schöneres Bochum, Freizeit GmbH. Tierpark e. V., die - mit Steuermitteln gefördert, mit SPD-Funktionären besetzt der parlamentarischen Kontrolle weitgehend entzogen sind.

4. Alle Maßnahmen in den Bereichen Verkehrsplanung, Bodennutzung und Wohnungsbau sind zu orientieren an den Grundsätzen der Humanisierung der Stadt, der Verbesserung der Sozialstruktur und der Erhaltung bzw. Schaffung einer auch in Zukunft lebenswerten Umwelt

Grünzonen sind zu erhalten, zu erweitern oder neu zu schaffen; die Zusammenballung von Betonburgen muß verhindert werden;

gewachsene Lebensräume sind entsprechend den verbesserten Lebensverhältnissen auszubauen.

- 5. Ziel jeder Wirtschaftsförderung muß sein, anstelle von Monostrukturen ein ausgewogenes Wirtschaftsgefüge zu schaffen. Dabei muß erzielt werden ein vertretbares Verhältnis zwischen
- a) dem Einsatz öffentlicher Mittel,
- b) dem Erfolg für die Wirtschafts- und Sozialstruktur und c) den Erfordernissen eines wirksamen
- Umweltschutzes. Die UWG fordert, in Zukunft alle rechtlichen Möglichkeiten zur Rekultivierung stillgelegter Industriewüsten auszuschöpfen.
- 6. Bei der Errichtung von Schulzentren ist darauf zu achten, daß sie zusammen mit anderen Bildungseinrichtungen (u. a. Volkshochschulen, Bibliotheken, Mediotheken) als Stätten der allgemeinen Begegnung der

Bürger geplant werden.

7. Um den Forderungen der Bürger nach sinnvoller Freizeitgestaltung zu entsprechen, hat die Stadt die vielfältigen Formen der Kunst und Kultur ebenso zu fördern wie die Hobbys und sportlichen Neigungen ihrer

Der Stadt stellt sich weit mehr als bisher die Aufgabe, den Bürgern ein breites Angebot an Sportstätten und Möglichkeiten zur schöpferischen Betätigung zu geben.

8. Die UWG erklärt: Die Stadt hat auf der Grundlage des ermittelten Bedarfs ihre soziale Hilfe entsprechend dem Grundsatz der Chancengleichheit in stärkerem Maße den Kindern und Jugendlichen wie den alten Menschen zuzuwenden. Sie hat vor allem bedarfsgerechte Kindergärten, -tagesstätten, -horte und -krippen, Spiel- und Bolzplätze, Jugendräume, Altenwohnungen und Altenheimplätze zu fördern

Bezirksausschüsse? Besser Bezirksparlamente!



fordert öffentliche Sitzungen der Bezirksparlamente in den Stadtbezirken . . .



fordert die Einrichtung einer Bezirksverwaltungsstelle in jedem Stadtbezirk . . .



fordert für jede Bezirksverwaltungsstelle ausreichende Fachkräfte und einen Bürgerberater ...

Aufgaben der Bezirksparlamente:

Bebauungsplanentwürfe werden zunächst mit den Bürgern besprochen und anschließend im Bezirksparlament beraten. Die Bezirksparlamente erhalten im Rahmen des

Haushaltsplanes einen festen Betrag zur Finanzierung bestimmter Aufgaben: Unterhaltung und Ausstattung der Schulen (Lehr- und Lernmittel), Sportplätze, Altenheime, Friedhöfe, Büchereien usw.; Zuteilung der Sportstätten; Zuwendungen an die im Bezirk ansässigen Vereine und Verbände; Pflege des Ortsbildes und Ausgestaltung der Grün- und Parkanlagen; Unterhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen; Veranstaltungen der Heimatpflege und des Brauchtums; Pflege von vorhandenen Paten- und Städtepartnerschaften: Information.

Das Bezirksparlament erhält das Recht, Anträge an den Rat zu stellen Das Bezirksparlament hat bei der Besetzung aller Angestellten- und Beamtenstellen in seinem Bereich ein Vorschlagsrecht.

Dokumentation und Repräsentation des

Aufgaben der Bezirksverwaltungsstellen:

Der Bürgerberater soll alle hilfesuchenden Bürger in Fragen der kommunalen Verwaltung unterstützen: Entgegennahme von Anträgen und Eingaben der Bürger zur Weiterleitung an die zuständigen Ämter, Beschleunigung der

Die Bezirksverwaltungsstellen sollen bestimmte Aufgaben des Meldeamtes, des Sozialamtes, des Jugendamtes und des Gesundheitsamtes übernehmen.

Informationspflicht:

Das Stadtparlament wird verpflichtet, bei allen Planungsmaßnahmen von dem zuständigen Bezirksparlament eine Stellungnahme einzu-

- Spitzenkandidaten

(Auszug aus der Reserveliste)

- **Bernhard Brandhorst** 36 Jahre, verh., Dipl.-Kaufmann
- 2. Friedhelm Range 42 Jahre, verh., Studiendirektor 3. Klaus-Peter Hülder
- 32 Jahre, led., Industriekaufmann
- 4. Friedhelm Herrmann 42 Jahre, verh., Bergingenieur (grad.)
- 38 Jahre, verh., Realschullehrer.
- 6. Wolfgang Schick 33 Jahre, led., kaufm. Angestellter
- Georg Wölk 2 Jahre, verh., Werkmeister
- 8. **Hermann Vößing** 24 Jahre, verh., Sozialarbeiter
- 9. Hans-Dieter Schroten 34 Jahre, verh., Techniker
- 10. Franz-Willi Treffner
- 33 Jahre, verh., Dipl.-Ingenieur **Mechthild Diers**
- 46 Jahre, verh., Hausfrau
- **Bernhard Dittrich** 32 Jahre, led., kaufm. Angestellter

Das Bezirksparlament ist vor allen, den Bezirk betreffenden Beschlüssen zu hören. Der Oberstadtdirektor wird verpflichtet, dem Bezirksparlament in allen den Bezirk betreffenden Verwaltungsangelegenheiten Auskunft zu erteilen.